

Karl-Rudolf Korte
Jan Schoofs *Hrsg.*

Die Bundestagswahl 2017

Analysen der Wahl-, Parteien-,
Kommunikations- und
Regierungsforschung

EXTRAS ONLINE



Springer VS

Die Bundestagswahl 2017

Karl-Rudolf Korte · Jan Schoofs
(Hrsg.)

Die Bundestagswahl 2017

Analysen der Wahl-, Parteien-,
Kommunikations- und
Regierungsforschung

 Springer VS

Hrsg.

Karl-Rudolf Korte
NRW School of Governance,
Universität Duisburg-Essen
Duisburg, Deutschland

Jan Schoofs
Industrie- und Handelskammer Mittlerer
Niederrhein, Ehemaliger wissenschaft-
licher Mitarbeiter am Lehrstuhl von
Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte
Krefeld, Deutschland

ISBN 978-3-658-25049-2 ISBN 978-3-658-25050-8 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-25050-8>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Verantwortlich im Verlag: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Danksagung

Der vorliegende Konzeptband zur Bundestagswahl 2017 ist das Ergebnis einer intensiven Kooperation der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen mit den im Buch vertretenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die Beiträge sind im Rahmen eines *call for papers* ausgewählt worden. Die historisch erstmalig blockierte Regierungsbildung ließ uns den Publikationsprozess hinauszögern. Es war über Monate unklar, ob es nicht doch vielleicht noch zu Neuwahlen – über den Weg einer auflösungsorientierten Vertrauensfrage – kommen würde. Insofern erscheint unser Band zur Bundestagswahl 2017 – abweichend von den Vorgängerbänden – zeitlich später als bei den vorherigen Bundestagswahlen. Die Perspektive der einzelnen Aufsätze hat sich dadurch komplex angereichert. Entstanden sind Beiträge, die einen umfassenden Blick auf den Kontext der Wahlen von 2017 offenlegen.

Anliegen dieses Konzeptbands ist es, wie schon bei den Analysen zu den vorherigen Bundestagswahlen, über die reine Vermessung des Wählerverhaltens hinaus zu gehen und Beiträge aus den jeweiligen Perspektiven der Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung heranzuziehen, um der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes gerecht zu werden. Durch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Stränge politikwissenschaftlicher Forschung kann so ein umfassendes Bild der Bundestagswahl 2017 nachgezeichnet werden.

Dr. Jan Treibel von Springer VS sorgte für die reibungslose Umsetzung dieses Buchprojektes.

Die wissenschaftliche und redaktionelle Koordination des Gesamtprojektes oblag Arno von Schuckmann M.A. Unterstützt wurde er von Anne Goldmann M.A. sowie von Philipp Richter B.A. Ihnen gilt unser besonderer Dank.

Duisburg,
im November 2018

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte
NRW School of Governance
Universität Duisburg-Essen

Jan Schoofs M.A.
Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein
Ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Inhaltsverzeichnis

Die Bundestagswahl 2017: Ein Plebiszit über die Flüchtlingspolitik. . . .	1
Karl-Rudolf Korte	
Teil I Wahlforschung	
Bedingt regierungsbereit – Eine Analyse der Bundestagswahl 2017	23
Matthias Jung, Yvonne Schroth und Andrea Wolf	
Who were the Voters behind the Schulz Effect? An Analysis of Voter Trajectories in the Run-up to the 2017 German Federal Election.	47
Alexander Wuttke and Harald Schoen	
Schöner wählen: Der Einfluss der physischen Attraktivität des politischen Personals bei der Bundestagswahl 2017	63
Anna Gaßner, Lena Masch, Ulrich Rosar und Sabrina Schöttle	
Wählen in Zeiten der Unsicherheit. Wie beeinflusste das individuelle Sicherheitsempfinden das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017?	83
Toralf Stark und Theresia Smolka	
Interdependentes Wahlverhalten? Eine Analyse der Auswirkung europaweiter Krisen auf die Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 2017	115
Ann-Kathrin Reinl und Melanie Walter-Rogg	

Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt?	145
Susanne Pickel	
Der erste Eindruck trügt	177
Stefan Haußner und Michael Kaeding	
Teil II Parteienforschung	
Über Jamaika zur Fortsetzung der Großen Koalition. Die Entwicklung des Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2017.....	201
Frank Decker	
Die Wiederauferstehung der FDP	225
Benjamin Höhne und Uwe Jun	
Gekommen, um zu bleiben? Zum Zusammenhang des Institutionalisierungsprozesses der AfD und ihrer Erfolgchancen nach der Bundestagswahl 2017	245
Anne Böhmer und Kristina Weissenbach	
Die politische Landschaft zur Bundestagswahl 2017.....	267
Jan Philipp Thomeczek, Michael Jankowski und André Krouwel	
Regierungsoptionen zwischen Bürgerwille und Issue-Nähe – Eine Analyse von Koalitionspräferenzen vor der Bundestagswahl 2017	293
L.Constantin Wurthmann, Stefan Marschall und Maike Billen	
Modernisierung und asymmetrische Demobilisierung	323
Matthias Jung	
Teil III Kommunikationsforschung	
Dealing and dancing with Bots: Der Umgang der Parteien mit disruptiven Phänomenen im Bundestagswahlkampf	343
Isabelle Borucki und Andrea Meisberger	

Migrationspolitik im Bundestagswahlkampf 2017: Die Kluft zwischen Entscheidungs- und Darstellungspolitik	363
Andreas Blätte, Simon Gehlhar, Jan Gehrman, Andreas Niederberger, Julia Rakers und Eva Weiler	
Am Thema vorbei? Wahlwerbung zur Bundestagswahl 2017 und ihre Funktionen für den politischen Prozess aus Sicht der Medien	389
Stephanie Geise, Damian Garrell, Sebastian Hollekamp, Maike Kreyenborg, Claudia Martin, Katharina Maubach und Maria Voskoboynikova	
Die europapolitische Parteienagenda im Bundestagswahlkampf 2017 – Eine Analyse auf Grundlage von Pressemitteilungen	411
Stefan Thierse und Jennifer Kaczynska	
Parallele Welten – Die Kanzlerkandidaten und ihre Botschaften in sozialen Netzwerken und Fernsehnachrichten	431
Matthias Degen	
Alle gegen Alle? Die Mehrpersonendebatte der kleinen Parteien in der Analyse	461
Uwe Wagschal, Thomas Waldvogel, Thomas Metz, Samuel Weishaupt, Linus Feiten, Bernd Becker und Kamal Singh	
Teil IV Regierungsforschung	
Am Ende doch wieder Schwarz-Rot – Die Koalitionsfindung nach der Bundestagswahl 2017 aus koalitionstheoretischer Perspektive	485
Eric Linhart und Niko Switek	
Koalitionsverhandlungen und Koalitionsvertrag	513
Thomas Saalfeld, Matthias Bahr, Julian Hohner und Olaf Seifert	
Blockierte Regierungsbildung Institutionelle Transformationsprozesse der Regierungsorganisation 2018	539
Martin Florack	

Who is who in der Großen Koalition? Zur Rollenverteilung von CDU, CSU und SPD in der Großen Koalition im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik	567
Sven Morgen	
Krise, Stillstand und Reformen: Das Policyprofil der dritten Regierung Merkel	591
Reimut Zohlnhöfer	
Große Koalition, kleine Opposition. Oppositionsstrategien zwischen konstruktiver Mitarbeit und Blockadehaltung	613
Arne Jungjohann und Niko Switek	

Autorenverzeichnis

Matthias Bahr, M.A. Lehrbeauftragter für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Bamberg.

Prof. Dr. Bernd Becker Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Technische Fakultät, Institut für Informatik, Professur für Rechenarchitektur.

Maike Billen, M.A. Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Prof. Dr. Andreas Blätte Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen; NRW School of Governance; Professur für Public Policy und Landespolitik.

Anne Böhmer, M.A. Landtag Nordrhein-Westfalen, Wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Dr. Isabelle Borucki Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen; Akademische Rätin a. Z. an der NRW School of Governance; Nachwuchsgruppenleiterin des Projektes „DIPART – Digitale Parteienforschung, Parteien im digitalen Wandel“.

Prof. Dr. Frank Decker Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Prof. Dr. Matthias Degen Direktor des Instituts für Journalismus und Public Relations der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen.

Dipl. Inf. Linus Feiten Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Technische Fakultät; Institut für Informatik; Professur für Rechenarchitektur.

Dr. Martin Florack Institut für Politikwissenschaft der Universität Siegen; Vertretungsprofessor für das politische System der Bundesrepublik Deutschland (bis März 2019); Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen; NRW School of Governance.

Damian Garrell, B.A. Studium am Institut für Kommunikationswissenschaft (IfK) Münster.

Anna Gaßner, M.A. Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Simon Gehlhar, M.A. Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen; NRW School of Governance; Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Mercator Forum Migration und Demokratie“.

Jan Gehrman, M.A. Institut für Philosophie der Universität Duisburg-Essen; Wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Priv.-Doz. Dr. habil. Stephanie Geise Institut für Kommunikationswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Stefan Haußner, M.A. Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integration und Europapolitik.

Dr. Benjamin Höhne stellv. Leiter des Instituts für Parlamentarismusforschung der Stiftung Wissenschaft und Demokratie.

Julian Hohner, B.A. studiert Politikwissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und leitet die Abteilung Programmkoordination der Bamberg Graduate School of Social Sciences.

Sebastian Hollekamp, M.A. Studium am Institut für Kommunikationswissenschaft (IfK) Münster.

Dr. Michael Jankowski Institut für Sozialwissenschaften der Universität Oldenburg.

Prof. Dr. Uwe Jun Fach Politikwissenschaft der Universität Trier, Professor für das politische System der Bundesrepublik Deutschland.

Dipl.-Volkswirt Matthias Jung Forschungsgruppe Wahlen e. V.; Mitglied des Vorstandes.

Dipl. Pol. Arne Jungjohann Autor, freischaffender Berater und Mitglied der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung.

Jennifer Kaczynska, M.A. Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen, Wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Prof. Dr. Michael Kaeding Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen; Jean-Monnet-Professor für Europäische Integration und Europapolitik.

Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen, Professor für das politische System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien; Direktor der NRW School of Governance.

Maike Kreyenborg, M.A. Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Kommunikationswissenschaft bei Prof. Dr. Stefan Jarolimek, Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol).

Dr. Andre Krouwel Freie Universität Amsterdam; Associate Professor für Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft; Gründer des Wahlkompasses (Election Compass/Kieskompass).

Prof. Dr. Eric Linhart Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Chemnitz. Professor für Politische Systeme.

Prof. Dr. Stefan Marschall Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politisches System Deutschlands.

Claudia Martin, B.A. Studium am Institut für Kommunikationswissenschaft (IfK) Münster

Lena Masch, M.Sc., M.A. Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Katharina Maubach, M.A. Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich von Prof. Dr. Volker Gehrau, Institut für Kommunikationswissenschaft (IfK) Münster.

Andrea Meisberger, B.A. Masterstudentin im Studiengang „Demokratische Politik und Kommunikation“ am Fach Politikwissenschaft der Universität Trier, freie Reporterin beim SWR.

Thomas Metz, M.A. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Seminar für Wissenschaftliche Politik; Professur für Vergleichende Regierungslehre.

Sven Morgen, M.A. Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen.

Prof. Dr. Andreas Niederberger Institut für Philosophie der Universität Duisburg-Essen; Professor für Philosophie mit dem Schwerpunkt Praktische Philosophie.

Prof. Dr. Susanne Pickel Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen; Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politikwissenschaft.

Julia Rakers, M. Sc. Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen; NRW School of Governance; Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Mercator Forum Migration und Demokratie“; Wissenschaftliche Leitung von regierungsforschung.de.

Ann-Kathrin Reinl M.Sc. Datenarchiv für Sozialwissenschaften des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften GESIS; wissenschaftliche Mitarbeiterin am GESIS Standort Köln.

Prof. Dr. Ulrich Rosar Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Inhaber des Lehrstuhls Soziologie II mit den Arbeitsschwerpunkten Methoden der empirischen Sozialforschung, Politische Soziologie sowie Vorurteils- und Ungleichheitsforschung.

Prof. Dr. Thomas Saalfeld Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und Sprecher der Bamberg Graduate School of Social Sciences.

Prof. Dr. Harald Schoen Professor für Politische Psychologie an der Universität Mannheim.

Sabrina Schöttle, M.A. Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Wissenschaftliche Mitarbeiterin. NRW-Forschungskolleg „Online-Partizipation“.

Dr. Yvonne Schroth Forschungsgruppe Wahlen e. V.; Mitglied des Vorstandes.

Olaf Seifert, M.A. studiert Politikwissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und leitet die Abteilung Event-Management der Bamberg Graduate School of Social Sciences.

Kamal Singh Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Technische Fakultät; Institut für Informatik; Professur für Rechenarchitektur.

Theresia Smolka, M.A. Promovendin am Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen.

Dr. Toralf Stark Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen; Wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Dr. Niko Switek DAAD Visiting Assistant Professor for German Studies, The Henry M. Jackson School of International Studies & Department of Political Science, University of Washington.

Dr. Stefan Thierse Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Akademischer Oberrat auf Zeit.

Jan Phillip Thomeczek, M.A. Institut für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Maria Voskoboynikova, B.A. Studium am Institut für Kommunikationswissenschaft (IfK)

Prof. Dr. Uwe Wagschal Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Professur für Vergleichende Regierungslehre.

Thomas Waldvogel Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Professur für Vergleichende Regierungslehre.

Prof. Dr. Melanie Walter-Rogg Universitätsprofessorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Methoden an der Universität Regensburg.

Eva Weiler, M.A. Institut für Philosophie der Universität Duisburg-Essen; Wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Samuel Weishaupt Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Technische Fakultät; Institut für Informatik; Professur für Rechenarchitektur.

Dr. Kristina Weissenbach Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen; Akademische Rätin an der NRW School of Governance.

Dipl. Oecotrophologin Andrea Wolf Forschungsgruppe Wahlen e. V.; Mitglied des Vorstandes.

Lucas Constantin Wurthmann, M.A. Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland“.

Alexander Wuttke, M.A. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

Prof. Dr. Reimut Zohlnhöfer Institut für Politische Wissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Professor für Politikwissenschaft.

Abbildungsverzeichnis

Bedingt regierungsbereit – Eine Analyse der Bundestagswahl 2017		
Abb. 1	Weil schon klar ist, wer die Bundestagswahl gewinnt	25
Abb. 2	Lieber als Bundeskanzler/in 2017	28
Abb. 3	Beurteilung von CDU und CSU	29
Abb. 4	SPD, Union, Linke und AfD: Arbeiter	42
Abb. 5	SPD, Union, Linke und AfD: Gewerkschaftsmitglieder seit 1990 – nur Westdeutschland	43
Abb. 6	SPD, Union, Linke und AfD: Arbeiter in einer Gewerkschaft seit 1990 – nur Westdeutschland	44
Who were the Voters behind the Schulz Effect? An Analysis of Voter Trajectories in the Run-up to the 2017 German Federal Election		
Fig. 1	Voting trajectories from Sep16–Sep17 among SPD voters in Feb 2017	52
Fig. 2	Determinants of switching to the SPD in February 2017, by voting intention in fall 2016	55
Fig. 3	Determinants of final vote choice for SPD, by voting intention in October 2016	58
Wählen in Zeiten der Unsicherheit. Wie beeinflusste das individuelle Sicherheitsempfinden das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017?		
Abb. 1	Kausalitätstrichter nach Campbell	87
Abb. 2	Eigene Positionierung auf der sozioökonomischen Dimension, der libertär-autoritären Dimension und der Dimension Klimawandel nach Partei	100

Interdependentes Wahlverhalten? Eine Analyse der Auswirkung europaweiter Krisen auf die Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 2017

Abb. 1	Ausstrahlungseffekte der landes- und europapolitischen Ebene auf die Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 2017.	121
Abb. 2	Beabsichtigte und berichtete Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2017.	122
Abb. 3	Beabsichtigte Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2017 und Wahlentscheid bei der Europawahl 2014.	123
Abb. 4	Beabsichtigte Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2017 und berichtete Stimmabgabe bei der vergangenen Landtagswahl	124
Abb. 5	Beabsichtigte Stimmabgaben bei der Bundestagswahl und den Landtagswahlen 2017.	124

Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt?

Abb. 1	Wahl der AfD: Sozialstrukturelle Erklärungsfaktoren.	155
Abb. 2	Gründe der Wahlentscheidung 2017 – Überzeugung vs. Enttäuschung	158
Abb. 3	Selbstpositionierung der Wähler*innen auf der ideologischen Skala 2013 und 2017.	159
Abb. 4	Zufriedenheit mit Merkels Flüchtlingspolitik – Bundestagswahl 2017.	166
Abb. 5	Das politische Netzwerk auf Facebook	171

Der erste Eindruck trägt

Abb. 1	Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen 1949–2017	179
Abb. 2	Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen Deutschlands bei der Bundestagswahl 2017.	182
Abb. 3	Veränderung der Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2013 auf Wahlkreisebene	183
Abb. 4	Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit in den Ländern.	185
Abb. 5	Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Einkommen in den Ländern.	186
Abb. 6	Einfluss von Arbeitslosigkeit auf die Wahlbeteiligung auf Stadtteilebene in deutschen Großstädten	190
Abb. 7	Einfluss von Arbeitslosigkeit auf die Wahlbeteiligung auf Stadtteilebene in europäischen Hauptstädten.	192

Abb. 8	Vergleich der sozialen Schieflage bei der Bundestagswahl 2017 und der Europawahl 2014 in deutschen Großstädten	194
Über Jamaika zur Fortsetzung der Großen Koalition. Die Entwicklung des Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2017		
Abb. 1	Zusammengefasste Stimmenanteile der linken (SPD, Grüne, PDS/Die Linke) und rechten Parteien (CDU/CSU, FDP, AfD) bei Bundestagswahlen seit 1994	203
Abb. 2	Politische Stimmung in Deutschland 2013 bis 2017	209
Abb. 3	Parteipolitische Herkunft der AfD-Wähler	214
Die Wiederauferstehung der FDP		
Abb. 1	Die FDP bei der Sonntagsfrage, 2013–2018	227
Abb. 2	FDP-Mandatsträger, 2013–2018	233
Gekommen, um zu bleiben? Zum Zusammenhang des Institutionalisierungsprozesses der AfD und ihrer Erfolgchancen nach der Bundestagswahl 2017		
Abb. 1	Stufenmodell der Parteieninstitutionalisierung	248
Die politische Landschaft zur Bundestagswahl 2017		
Abb. 1	Positionen (links) und Klarheit der Positionen (rechts) der Parteien basierend auf dem Chapel Hill Expert Survey 2013 und 2017 (links)	273
Abb. 2	Positionen Parteien basierend auf dem Bundeswahlkompass	274
Abb. 3	Parteien und ihre Sympathisanten in der politischen Landschaft zur Bundestagswahl 2017	278
Abb. 4	Agreement-Index der sieben Bundestagsparteien auf Basis der Antworten des Kandidaten-Checks von abgeordnetenwatch.de	282
Modernisierung und asymmetrische Demobilisierung		
Abb. 1	Wahlbeteiligung BTW 2005 und 2013	336
Abb. 2	Selbsteinschätzung der Wahlberechtigten und Potential der CDU/CSU	338
Abb. 3	Gewünschter Kurs der CDU	339

Dealing and dancing with Bots: Der Umgang der Parteien mit disruptiven Phänomenen im Bundestagswahlkampf

Abb. 1	Wortwolke Social Bots auf Basis der Medienberichterstattung	350
Abb. 2	Wortwolke Parteidokumente	355

Migrationspolitik im Bundestagswahlkampf 2017: Die Kluft zwischen Entscheidungs- und Darstellungspolitik

Abb. 1	Zahl der Asylanträge von 2015–2017	370
Abb. 2	Zeitreihe mit den Häufigkeiten zentraler Schlagworte der Migrationsdebatte in der Berichterstattung von <i>Süddeutscher Zeitung</i> und <i>Frankfurter Allgemeiner Zeitung</i>	375
Abb. 3	Schlagworte der Migrationsdebatte im Wahljahr 2017	378
Abb. 4	Schlagworte der Migrationsdebatte 04/2017–09/2017	378

Am Thema vorbei? Wahlwerbung zur Bundestagswahl 2017 und ihre Funktionen für den politischen Prozess aus Sicht der Medien

Abb. 1	Berichterstattung über Wahlwerbung im Zeitverlauf	399
Abb. 2	Anzahl der Nennungen von Wahlwerbformen	399
Abb. 3	Bezüge auf Funktionen von Wahlwerbung gesplittet nach Parteien	402
Abb. 4	Nennung von Strategien in Bezug auf die Parteien	404
Abb. 5	Aussagen mit thematisierten Funktionen und Strategien in Häufigkeiten	405

Die europapolitische Parteienagenda im Bundestagswahlkampf 2017 – Eine Analyse auf Grundlage von Pressemitteilungen

Abb. 1	Wichtigste Probleme aus Sicht der Wähler	421
Abb. 2	Pressemitteilungen mit Nennung der EU als Handlungsebene nach Partei	423

Parallele Welten – Die Kanzlerkandidaten und ihre Botschaften in sozialen Netzwerken und Fernsehnachrichten

Abb. 1	Facebook-Post von Martin Schulz vom 25. August 2017/Screenshot Facebook	440
Abb. 2	Negative Attribution Merkels von Schulz und vom TV im Zeitverlauf	443

Abb. 3	Anteil Politische Sachfragen und Wahlkampf als zentrale Themen der Beiträge in den Kanälen	444
Abb. 4	Facebook-Post von Angela Merkel vom 31. August 2017/Screenshot Facebook.	445
Abb. 5	Anteil der Themen in den untersuchten Kanälen.	446
Abb. 6	Thematisierung des Themenkomplexes Arbeit und Soziales im Zeitverlauf auf den Kanälen von Martin Schulz und im Fernsehen	447
Abb. 7	Thematisierung des Themenkomplexes Migration auf den Kanälen im Zeitverlauf	448
Abb. 8	Thematisierung der Stärken der Kanzlerkandidaten im Fernsehen	449
Abb. 9	Thematisierung der Schwächen der Kanzlerkandidaten im Fernsehen	450
Abb. 10	Tweet von Schulz zur SPD/Screenshot Twitter	451
Abb. 11	Facebook-Post von Martin Schulz zur AfD/ Screenshot Facebook	451
Abb. 12	Facebook-Post von Angela Merkel vom 17. September 2017/Screenshot Facebook.	452
Alle gegen Alle? Die Mehrpersonendebatte der kleinen Parteien in der Analyse		
Abb. 1	Grafische Oberfläche des Debat-O-Meter beim „Duell vor dem Duell“	466
Abb. 2	Echtzeitbewertungen durch die Unentschlossenen	470
Abb. 3	Bevorzugung durch den Moderator Strunz im „Duell vor dem Duell“	475
Abb. 4	Die wichtigsten Gründe für die Wahlentscheidung	477
Am Ende doch wieder Schwarz-Rot – Die Koalitionsfindung nach der Bundestagswahl 2017 aus koalitionstheoretischer Perspektive		
Abb. 1	Nutzenmaximierende Koalitionen bei verschiedenen Kombinationen von Ämter-, Policy- und Wiederwahlmotivation der Parteien auf Grundlage des WahlNavis	503
Abb. 2	Nutzenmaximierende Koalitionen bei verschiedenen Kombinationen von Ämter-, Policy- und Wiederwahlmotivation für CDU und CSU auf Grundlage des ParteieNavis.	506

Koalitionsverhandlungen und Koalitionsvertrag

Abb. 1	Parteipositionen auf sieben ausgewählten Politikfeldern und deren Bedeutung für eine Partei	520
Abb. 2	Länge von Koalitionsvereinbarungen und -verträgen 1949–2018	524
Abb. 3	Betrag des maximalen ideologischen Abstandes in der Koalition für 14 Politikbereiche auf einer Skala von 0 bis 10 (2014).	527
Abb. 4	Ideologische Heterogenität der Großen Koalition (2014) und Ausführlichkeit des Koalitionsvertrags von 2018 in 14 Politikbereichen	528

Blockierte Regierungsbildung Institutionelle Transformationsprozesse der Regierungsorganisation 2018

Abb. 1	Ein gegenstandsbezogener Analyseansatz	547
Abb. 2	Modi institutioneller Transformation	549

Große Koalition, kleine Opposition. Oppositionsstrategien zwischen konstruktiver Mitarbeit und Blockadehaltung

Abb. 1	Themen der Kleinen Anfragen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der 17. und 18. Wahlperiode	620
Abb. 2	Themen der Kleinen Anfragen von der Fraktion Die Linke in der 17. und 18. Wahlperiode	621
Abb. 3	Zustimmung/Ablehnung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Initiativen der Bundesregierung bei namentlichen Abstimmungen.	622
Abb. 4	Zustimmung/Ablehnung der Fraktion Die Linke zu Initiativen der Bundesregierung bei namentlichen Abstimmungen	623
Abb. 5	Übereinstimmung von Ja-/Nein-Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei namentlichen Abstimmungen in der 17. und 18. Wahlperiode	624
Abb. 6	Regierungsbeteiligungen von Bündnis 90/Die Grünen in den Ländern seit 2005	625
Abb. 7	Professionalisierung der G-Koordination von Bündnis 90/Die Grünen	626
Abb. 8	Koalitionskonstellationen der G-Länder	628
Abb. 9	Die G-Koordination	630

Tabellenverzeichnis

Bedingt regierungsbereit – Eine Analyse der Bundestagswahl 2017

Tab. 1	Alter und Geschlecht	35
Tab. 2	Bildung.	36
Tab. 3	Bildung – Ost	38
Tab. 4	Berufsgruppen und Erwerbsstatus	39
Tab. 5	Berufsgruppen und Erwerbsstatus – Ost	41

Schöner wählen: Der Einfluss der physischen Attraktivität des politischen Personals bei der Bundestagswahl 2017

Tab. 1	Lineare Mehrebenen-Regressionsmodelle der Erst- und Zweitstimmenanteile bei der Bundestagswahl 2017.	72
Tab. 2	Logistische und lineare Mehrebenen-Regressionsmodelle der Bekanntheit und Bewertung der Kandidierenden bei der Bundestagswahl 2017	75
Tab. 3	Lineare Regressionen der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017	79

Wählen in Zeiten der Unsicherheit. Wie beeinflusste das individuelle Sicherheitsempfinden das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017?

Tab. 1	Dimensionen von Sicherheit	91
Tab. 2	Einstellungen zum Sozialstaat, Klimapolitik und Multikulturalismus.	94
Tab. 3	Emotionale Einschätzung relevanter politischer Themen	98
Tab. 4	Einstellungsorientierte Einschätzung relevanter politischer Themen.	99
Tab. 5	Vergleich der Erklärungsfaktoren für das parteispezifische Wahlverhalten zur Bundestagswahl 2017	102

Interdependentes Wahlverhalten? Eine Analyse der Auswirkung europaweiter Krisen auf die Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 2017	
Tab. 1	Übersicht der verwendeten Variablen ^a 130
Tab. 2	Einfluss der europaweiten Stimmabgabe auf die Bundestagswahl 2017. 134
Tab. 3	Einfluss der landesweiten Stimmabgabe auf die Bundestagswahl 2017. 138
Tab. 4	Einfluss der Wahlabsicht bei aktuellen Landtagswahlen auf die Bundestagswahl 2017. 141
Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt?	
Tab. 1	Erklärungsfaktoren für die Wahl der AfD im Vergleich zu den anderen Parteien 161
Tab. 2	Hauptkomponentenanalyse 168
Tab. 3	Sechs final extrahierten Erklärungsdimensionen. 170
Tab. 4	Wahl der AfD und Gefühl der kulturellen Bedrohung. 171
Der erste Eindruck trägt	
Tab. 1	Regressionsmodell zum Einfluss sozioökonomischer Indikatoren auf die Wahlbeteiligung 187
Über Jamaika zur Fortsetzung der Großen Koalition. Die Entwicklung des Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2017	
Tab. 1	Wahlergebnisse der AfD seit 2013. 211
Tab. 2	Koalitionsformate in den Ländern seit den neunziger Jahren 215
Die Wiederauferstehung der FDP	
Tab. 1	Policy-Kompetenzen der FDP aus Sicht der Bevölkerung, 2017. 231
Tab. 2	Mitgliederentwicklung der FDP, 2008–2017. 233
Tab. 3	Mitglieder-, Delegierten- und Finanzverteilung nach Landesverbänden. 235
Gekommen, um zu bleiben? Zum Zusammenhang des Institutionalisierungsprozesses der AfD und ihrer Erfolgchancen nach der Bundestagswahl 2017	
Tab. 1	Stufen und Indikatoren der Parteieninstitutionalisierung. 249

Tab. 2	Parlamentarische Präsenz der AfD in deutschen Landtagen gemessen in Abgeordneten.	254
Tab. 3	Vergleich der Umfragewerte der AfD in der Sonntagsfrage bezogen auf die Bundesebene	256
Die politische Landschaft zur Bundestagswahl 2017		
Tab. 1	Agreement-Index der sieben Bundestagsparteien auf Basis der Antworten des Kandidaten-Checks von abgeordnetenwatch.de	283
Regierungsoptionen zwischen Bürgerwille und Issue-Nähe – Eine Analyse von Koalitionspräferenzen vor der Bundestagswahl 2017		
Tab. 1	Issue-Nähe von Regierungsoptionen sowie Koalitionspräferenzen im Elektorat zur Bundestagswahl 2017.	305
Tab. 2	Einflüsse auf elektorale Koalitionspräferenzen	311
Tab. A1	Sozio-demografische Informationen zu Befragten im Online-Panel (Welle 1) und Zensusdaten im Vergleich	317
Dealing and dancing with Bots: Der Umgang der Parteien mit disruptiven Phänomenen im Bundestagswahlkampf		
Tab. 1	Worthäufigkeiten in der Medienberichterstattung	351
Tab. 2	Worthäufigkeiten aus politischen Dokumenten	356
Die europapolitische Parteienagenda im Bundestagswahlkampf 2017 – Eine Analyse auf Grundlage von Pressemitteilungen		
Tab. 1	Pressemitteilungen je <i>issue</i> -Kategorie nach Partei.	422
Alle gegen Alle? Die Mehrpersonendebatte der kleinen Parteien in der Analyse		
Tab. 1	Durchschnittsbewertungen nach Themenfelder.	471
Am Ende doch wieder Schwarz-Rot – Die Koalitionsfindung nach der Bundestagswahl 2017 aus koalitionstheoretischer Perspektive		
Tab. 1	Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2017	489
Tab. 2	Ämternutzenanteile unter Annahme proportionaler Ämteraufteilungen	496

Tab. 3	Bewertungen von Koalitionen durch Parteien aus Polycysicht	500
Koalitionsverhandlungen und Koalitionsvertrag		
Tab. 1	Portfolioallokation der Staatsminister und Parlamentarischen Staatssekretäre im Kabinett Merkel IV (2018)	530
Tab. 2	Partei der Ausschussvorsitzenden und Minister (2018).	533
Who is who in der Großen Koalition? Zur Rollenverteilung von CDU, CSU und SPD in der Großen Koalition im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik		
Tab. 1	Typen von Koalitionskonstellationen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik	572
Krise, Stillstand und Reformen: Das Policyprofil der dritten Regierung Merkel		
Tab. 1	Veränderungen bei qualitativen Policy-Indikatoren zwischen SGI 2014 und 2018	594
Große Koalition, kleine Opposition. Oppositionsstrategien zwischen konstruktiver Mitarbeit und Blockadehaltung		
Tab. 1	Parlamentarische Kontrolltätigkeit von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke in der 17. und 18. Wahlperiode	619

Die Bundestagswahl 2017: Ein Plebiszit über die Flüchtlingspolitik

Karl-Rudolf Korte

Zusammenfassung

Wenn Wahlen seismografisch Momentaufnahmen zur Lage des Landes offenbaren, so hatte Deutschland 2017 gleich mehrfach die Möglichkeit zur Nabelschau. Von vier Landtagswahlen gesäumt, unterschied sich der Bundestagswahlkampf aufgrund des übergeordneten Flüchtlingsthemas von den vorhergehenden vor allem in der Themenzentrierung und Polarisierung. Letztere führte im Ergebnis auch zu einer Fragmentierung im Parlament. Die re-politierte Gesellschaft machte erstmals wieder steigenden Gebrauch von ihrem Wahlrecht, fügte den Regierungsparteien erhebliche Verluste zu und stärkte Neu- und Wiedereinsteiger in den Deutschen Bundestag. Als ungewöhnlich wird die Dauer der Regierungsbildung in Erinnerung bleiben insbesondere aufgrund der vertanen Chance auf eine Jamaika-Koalition sowie das historisch bisher einmalige Eingreifen des Bundespräsidenten in den Prozess.

1 Besonderheiten

Bundestagswahlen enthalten immer Elemente von Kontinuität und Diskontinuität. Gegenwartseitelkeiten führen allzu schnell zu voreiligen Beschreibungen von Krisenszenarien und qualitativen Bewertungen (Weissenbach und Korte 2006):

K.-R. Korte (✉)
Institut für Politikwissenschaft/NRW School of Governance,
Universität Duisburg-Essen, Duisburg, Deutschland
E-Mail: krkorte@uni-due.de

Abstrafung der Volksparteien, Aufstieg radikaler Parteien, Unmöglichkeiten von Regierungsbildungen, Untergang der Demokratie. Wählerische Wählerinnen und Wähler potenzieren Volatilität. Insofern sind die nachfolgend aufgelisteten Besonderheiten zunächst Momentaufnahmen, die zu weiteren Spekulationen einladen. Ob sich aus den Befunden Trends entwickeln, bleibt abzuwarten. Gewissheitsschwund ist nicht nur Kennzeichen der Risiko-Moderne. Er gilt auch für das Wahlverhalten und Regierungsbildungen. Folgende markante Besonderheiten ließen sich bei der Bundestagswahl 2017 beobachten (Hilmer und Gagné 2018; Jesse 2018; Niedermayer 2018):

- Die Wahlbeteiligung stieg erstmals seit der Bundestagswahl 1998 wieder an (um 4,6 Prozentpunkte auf 76,2 %). Fast drei Millionen Wählerinnen und Wähler ließen sich im Vergleich zur Wahl von 2013 zusätzlich mobilisieren. Die seit Sommer 2015 deutlich politisierte Gesellschaft nutzte den Wahlzettel zur politischen Partizipation.
- Die politisierte Gesellschaft ist auch polarisierter unterwegs. Mit der AfD ist erstmals seit 1961 wieder eine Partei deutlich rechts von der Union in den Bundestag eingezogen. Mit 12,6 % ist die AfD Ausdruck einer rechten Konsensverschiebung in Deutschland. Wählerinnen und Wähler erhielt die Partei nicht nur aus dem Protest- und Nicht-Wählerlager, sondern auch aus allen anderen parteipolitischen Lagern.
- Die Fragmentierung hat zugenommen: Wie zuletzt 1953 zogen sieben Parteien, in sechs Fraktionen, in den 19. Deutschen Bundestag ein. Da es sich um die erste Bundestagswahl ohne eine Koalitionsaussage handelte, gestaltete sich die Regierungsbildung mit einer Dauer von insgesamt 170 Tagen als schwierig. Nach 70 Jahren wurde der Bundespräsident zum Kanzlermacher – durch Ausnutzung seiner verfassungsrechtlich vorgegebenen Reservemacht. Die breite politische Mitte (73,1 %) – alle Parteien außer AfD und Linke – schien über Monate unfähig und unwillig zur stabilen Regierungsbildung.
- Wie nach der Großen Koalition von 2009 schnitten vor allem die Volksparteien 2017 in der Wählergunst sehr schlecht ab. Die parlamentarische (56,3 % der Bundestagsmandate) und die elektorale (53,4 % der Stimmen) Dominanz der Union und der SPD waren in fast 70 Jahren nie so gering.
- Die FDP zog nach einer einmaligen Auszeit wieder in den Deutschen Bundestag ein. Die Opposition ist mit vier Parteien (AfD, FDP, Linke, Grüne) gegenüber einer Großen Koalition stärker und vielfältiger denn je.
- Das Wahlrecht blähte erwartungsgemäß den Bundestag erstmals über die symbolische Grenze von 700 Abgeordneten auf.

2 Strukturmuster der Wahlentscheidung

„Obwohl unser Land (...) gut dasteht, (...) machen sich viele Menschen Sorgen um die Zukunft, ist der Ton der Auseinandersetzung rauer geworden, ist der Respekt vor unterschiedlichen Meinungen zurückgegangen, ist die Angst vor falschen Informationen gewachsen, sind die Sorgen um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft größer geworden (...).“ (Merkel 2018). Nie zuvor hatte die Bundeskanzlerin so selbstkritisch ihre jeweilige Kanzlerschaft begonnen. Nach sechs Monaten des Verhandeln stellte Merkel am 21. März 2018 ihre erste Regierungserklärung – der zweiten Großen Koalition in Folge – im Bundestag zur Aussprache. Vielfältige Gründe gehörten zu den Ursachen des komplizierten Regierungsbildungsprozesses. Aber maßgeblich änderte vor allem, geradezu überwölbend, die Flüchtlingspolitik die Koordinaten der deutschen Politik ab 2015: Einwanderung, Flüchtlinge, Integration, Zusammenhalt. Merkel ergänzte gleich zu Beginn ihrer Regierungserklärung: „(...) vielmehr hat (...) die Debatte über den richtigen Weg (...) wie wir langfristig die Integration bewältigen, unser Land bis heute gespalten und polarisiert, und zwar so sehr, dass ein an sich unglaublich banaler Satz, wie ‚Wir schaffen das!‘, den ich im August 2015 gesagt habe und den ich zuvor mehr oder weniger wortgleich in meinem ganzen politischen Leben, (...) schon unzählige Mal gesagt hatte, zu einer Art Kristallisationspunkt dieser Auseinandersetzung werden konnte.“ (Merkel 2018).¹

Flüchtlinge bestimmten den Ausgang der Bundestagswahl 2017.² Die folgenreiche Flüchtlings-Entscheidung der Bundeskanzlerin vom 4. September 2015 – über die begrenzte Aufnahme syrischer Flüchtlinge aus Ungarn – war der Prägestempel der Großen Koalition.³ Der Sommer 2015 gehörte zu den Kipp-Punkten des Regierens, der die Bundestagswahl entschieden hat. Der Globalisierungsschub für die deutsche Einwanderungsgesellschaft wirkte als externer Schock nach. Kaum ein Thema ist so lebensnah und emotional im Alltag der Bürgerinnen und Bürger verankert wie der Umgang mit den neuen Fremden. Es ist eine Mixtur aus Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen, aus Identität und Sicherheit. Es ist die Übersetzung des sperrigen Begriffs der Globalisierung in den familiären Alltag. Es umfasst die interpersonale Kommunikation und die Richtung der wahlentscheidenden Anschlussgespräche (Podschuweit und Geise 2015). Und es

¹Was der Bundespräsident Joachim Gauck dem Satz entgegensetzte, dazu vgl. Korte 2019.

²Vgl. dazu auch Korte 2017a sowie Korte 2017b.

³Zum Verlauf und Hintergrund vgl. Alexander 2017.

prägte die Ausdifferenzierung des Parteienspektrums ebenso wie die Regierungsbildung. Die Flüchtlingspolitik markiert bis heute die Machtfragen bei der Ausdifferenzierung des gesamten Parteienwettbewerbs.⁴ Die Bundestagswahl war ein für Schlüsselentscheidungen typisch nachgelagertes Plebiszit über die Grenzöffnung im Sommer 2015. Für viele Bürgerinnen und Bürger war die Bundeskanzlerin persönlich verantwortlich, mithin ursächlich haftbar für den zeitweiligen Kontrollverlust an den Grenzen. Ihr Popularitäts-Panzer schrumpfte binnen weniger Wochen. Merkel schien seit dem Sommer 2015 nicht mehr unbesiegbar. Für andere wiederum wurde Merkel zur Ikone des humanitären Helferstolzes. Die Flüchtlingspolitik prägte die Zäsur: Einzug einer rechtspopulistischen, rechts-konservativen und in Teilen rechtsextremen Partei nach rund 60 Jahren und damit die Rechts-Verschiebung der Achse im Parteiensystem.⁵

Hinter der Chiffre „Flüchtlingspolitik“ verbarg sich ein politisches Amalgam: Wo endet das gemeinsame Wir? Wer hält sich an welche Regeln? Wer lindert die wachsenden Gefühle der Unsicherheit und des Unbehagens? Die Ethnisierung vieler politischer Diskurse nahm zu. Die Flüchtlinge waren der Auslöser, der Katalysator einer Diskussion, die schon länger schlummerte und sich in der sogenannten „Sarrazin-Debatte“ erstmals öffentlichkeitswirksam Bahn brach. Die bis dahin bleierne integrationspolitische Debatte eines faktischen Einwanderungslandes öffnete sich in Richtung von Identitätsnachfragen und Zugehörigkeits-Definitionen. Die Chiffre „Flüchtlingspolitik“ löste eine Veränderungskraft im Parteienwettbewerb aus. Sie stabilisierte sich über eine Rechtsverschiebung in den Parlamenten mit ebenso großer Vehemenz wie vormals die Umwelt- und Ökologiebewegung über eine Linksverschiebung (Korte et al. 2018).

Durch die neue Themensetzung auf Sicherheit und Identität und die damit einhergehende Repolitisierung der Gesellschaft sortierte sich die politische Mitte neu und mit der AfD zog eine Protestpartei in die Parlamente. Abweichend von den vorhergehenden beiden Bundestagswahljahren führte der emotionale Klimawandel der Republik wieder zu einer polarisierenden Auseinandersetzung um Mobilisierungsthemen. Privat wie öffentlich lieferten bis heute die Herausforderungen der deutschen Einwanderungsgesellschaft den Stoff für laute, emotionale, rationale, irrationale und diskursive Auseinandersetzungen. Das Krisen-Momentum vom Sommer 2015 war somit ein komplexes und emergentes

⁴Zu den komplexen Konsequenzen für das Regieren und den Parteienwettbewerb, vgl. Bieber et al. 2017. Konkret zu den langfristigen Folgen des Parteienwettbewerbs vgl. Korte et al. 2018.

⁵Vgl. dazu der Beitrag von Frank Decker in diesem Band.